



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen	7
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Beziehungen mit der Türkei	10
	Innenpolitische Entwicklungen	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im März traf sich die Stellvertretende Sonderbeauftragte der UN, Elizabeth Spehar, sowohl mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci als auch mit seinem griechisch-zypriotischen Pendant Nikos Anastasiades zu gesonderten Gesprächen, um die Chancen für ein informelles Treffen der beiden Volksgruppenführer auszuloten.

Anastasiades bekundete, dass er zu einem informellen Austausch mit Akinci ohne Vorbedingungen bereit ist. Akinci betonte, dass ein solches Treffen zielgerichtet sein müsse. Am 29. März betonte der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer, dass die griechisch-zypriotische Seite in Hinblick auf weitere Verhandlungen eine positive Haltung einnehmen müsse. Zudem müsse die türkisch-zypriotische Seite Signale für eine glaubwürdige konstruktive Haltung bei erneuten Gesprächen sehen. Akinci stellte klar, dass das Treffen nicht als Wiederaufnahme der Verhandlungen verstanden werden dürfe und wiederholte, dass sich die türkisch-zypriotische Seite nicht mehr auf einen „ineffektiven, unbefristeten Prozess, der nicht ergebnisorientiert ist“, einlassen werde.

Am 30. März verkündete die UN, dass sich beide Volksgruppenführer zu einem informellen Treffen am 16. April in der Pufferzone bereit erklärt hätten. Das Meeting wird von Spehar ausgerichtet werden. Es wird das erste gemeinsame Treffen beider Volksgruppenführer seit dem Scheitern der Gespräche in Crans Montana im vergangenen Juli sein – inmitten einer Atmosphäre des Misstrauens und nach der Eskalation der

Spannungen in der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) im Februar.

Am 15. März bekundete der Energieminister Özdil Nami im türkisch-zypriotischen öffentlich-rechtlichen Rundfunksender BRT seine Bereitschaft, in Zusammenarbeit mit seinem griechisch-zypriotischen Kollegen Giorgos Lakkotrypis unter Federführung der UN oder auch in einem anderen Rahmen, über die Ausbeutung der Gasvorkommen vor Zypern zu sprechen. Ziel des Gespräches sei es, den Streit zwischen beiden Seiten beizulegen und die Bestrebungen hinsichtlich einer Wiedervereinigung zu unterstützen. Die griechisch-zypriotische Seite wies das Thema Gasvorkommen als Tagesordnungspunkt für Gespräche zurück, da es bereits vereinbart sei, dass sich die föderale Regierung nach einer Wiedervereinigung für diese Thematik zuständig sein wird. Regierungssprecher Prodromos Prodromou erklärte: „Wenn die türkischen Zyprioten als Vorbedingungen für Gespräche auf der Bildung einer Kommission zur Behandlung von Energiefragen bestehen, bedeutet dies, dass kein Wunsch nach Verhandlungen vorhanden ist.“ Der Regierungssprecher betonte, dass der Streitpunkt Gasvorkommen bei Wiedervereinigungsverhandlungen nicht berücksichtigt wird.

Am 16. März traf sich Wess Mitchell, der stellvertretende Leiter der Abteilung für europäische und eurasische Angelegenheiten im US-Außenministerium mit Präsident Anastasiades. Nach dem Treffen betonte Mitchell den Wunsch der Vereinigten Staaten nach einer Wiederaufnahme der Vereinigungsverhandlungen und bekräftigte das Recht der Republik Zypern auf

die Erschließung seiner natürlichen Ressourcen. Ebenfalls fand ein Treffen Mitchells mit Akinci statt, um sich mit der aktuellen Position der türkischen Zyprioten vertraut zu machen.

Im Vorfeld des Gipfeltreffens am 26. März zwischen der EU und der Türkei in Varna (Bulgarien) traf sich Anastasiades am 22. März in Brüssel mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk. Bei diesem Gespräch betonte Anastasiades die Notwendigkeit, in den Beschlüssen des Rates eine klare Botschaft in Richtung Türkei bezüglich deren Vorgehens im östlichen Mittelmeer zu senden. Bei der anschließenden Gipfelkonferenz warnten die Leiter der EU-Institutionen, darunter Donald Tusk und der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, die Türkei, dass der EU-Beitritt von gutnachbarschaftlichen Verhalten abhängt. Dies schließt die Normalisierung der Beziehungen zu Zypern und Griechenland ein. Die EU-Regierungschefs verurteilten das „anhaltende rechtswidrige Vorgehen“ der Türkei im östlichen Mittelmeer. Daraufhin bezeichnete der türkisch-zypriotische Außenminister die Haltung Donald Tusks, der die griechisch-zypriotische Seite bevorzugt, als inakzeptabel und wies darauf hin, dass diese Position zu nichts anderem führen würde, als die griechischen Zyprioten noch unnachgiebiger und unwilliger hinsichtlich einer Lösung zu stimmen.

Angeführt von den jeweiligen Parteivorsitzenden Tufan Erhurman und Andros Kyprianou trafen sich Delegationen der Republikanisch-Türkischen Partei (CTP) und der Fortschrittlichen Partei des Arbeitenden Volkes (AKEL) in

der Parteizentrale der CTP, um über die Zukunft der Wiedervereinigungsverhandlungen zu diskutieren. In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen äußerte Kyprianou die Befürchtung: „falls sich die Situation weiterhin verschlechtert, muss unsere gemeinsame Heimat einer drohenden dauerhaften Teilung ins Auge sehen.“ Erhurman seinerseits betonte die Notwendigkeit, einen ergebnisorientierten Verhandlungsprozess zu beginnen.

Dem Plan, der maronitischen Minderheit auf Zypern eine Rückkehr in ihre einstigen Dörfer zu gestatten, die sich gegenwärtig unter türkischer Militärkontrolle befinden, wurde vorangetrieben. Diese Idee war vor mehr als sieben Monaten zum ersten Mal im Norden als Ziel ausgegeben worden. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Akinci kündigte an, ein „hochrangiges“ Treffen mit der Regierung einzuberufen, um sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen.

Mehrere bi-kommunale Gruppen, einschließlich der „Famagusta Initiative“, der Organisationen „Famagusta Our City“ und „Unite Cyprus Now“, versammelten sich am 31. März am ungeöffneten Grenzübergang in Derynia, im Famagustadistrikt, um einer Grenzöffnung Nachdruck zu verleihen. Im Mai 2015 hatten sich die Volksgruppenführer darauf verständigt, die Grenzübergänge in Derynia und Lefka-Apliki zu öffnen. Die Arbeiten wurden jedoch nie vollständig abgeschlossen, da man sich nach dem Scheitern der Verhandlungen in Crans-Montana nach wie vor über die genauen Modalitäten der Öffnung uneins ist.

Das Griechisch-Türkische Forum (GFT) sandte am 28. Februar eine Mitteilung mit einer Aufstellung vertrauensbildender Maßnahmen an beide Volksgruppenführer:

- Gewährleistung einer gemeinsamen Zeitzone auf ganz Zypern
- Koordination und Finanzierung von Reparatur und Instandhaltung der Friedhofsanlagen
- Arbeitstreffen der beiden Feuerwehren zur Vereinbarung gemeinsamer Vorgehensweisen bei der Bekämpfung katastrophaler Brände
- Rückgabe von Ikonen an die rechtmäßigen Besitzer
- Ermöglichung eines flächendeckenden Versicherungsschutzes auf der gesamten Insel zu gleichen Raten beim Erwerb einer KFZ-Versicherung
- Ermöglichung der Nutzung von Mobiltelefonen auf der gesamten Insel ohne Einschränkung der jeweiligen geographischen Position des Anrufers
- Erlaubnis, die jeweiligen religiösen Gebäude für Gottesdienste zu öffnen, z.B. in Famagusta am Ostersonntag
- Öffnung der Grenzübergänge Derynia und Lefka-Apliki
- Fertigstellung der Stromverbindungsleitung ohne weitere Zeitverzögerung
- Restaurierung der Kathedrale in Kyrenia und Öffnung derselben für religiöse Feste
- Ausbau der Zusammenarbeit und des Austausches zwischen den beiden Volksgruppen

im Bildungsbereich (dringende Notwendigkeit) sowie umgehende Etablierung gemeinsamer Lehrveranstaltungen in Staatsbürgerkunde im Erziehungswesen

- Umsetzung des Europa-Nostra-Vorschlags, das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 in der einzigen geteilten Hauptstadt Europas mit der Öffnung von Durchgängen in der Victoria Street und im Bereich des Markts zu feiern – kombiniert mit der dringend notwendigen Einführung eines Programms zur Konsolidierung und Erhaltung des architektonischen Kulturerbes in der Green Line.

2. Gasvorkommen

Im März gab die Türkei eine neue Schifffahrtswarnung für die Zeiträume zwischen dem 12.-18. März und dem 22.-29. März heraus, die sie auf die Ost-, Süd- und Westküste der Insel begrenzte. Die Republik Zypern reagierte mit einem eigenen Navtex, in dem klargestellt wurde, dass die Aktion nicht von der Republik genehmigt worden sei.

Energieminister Yiorgos Lakkotrypīs bestätigte am 13. März eine Bloomberg-Meldung, laut der die Royal Dutch Shell am Kauf von 10 Milliarden Kubikmeter zypriotischen und israelischen Gases in den kommenden 10 Jahren interessiert ist (Marktwert: 25 Milliarden US-Dollar / 20,3 Milliarden Euro). Der Minister erklärte, dass Zypern „nah an einem Vertragsabschluss“ ist. Er bezog sich hierbei auf Gespräche, in denen es um den Verkauf von Gas an eine der beiden von Shell via Pipeline betriebenen Verflüssigungsan-

lagen an der ägyptischen Mittelmeerküste geht. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben.

Die Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika in Nikosia, Kathleen Doherty, legte in einer Pressekonferenz dar, dass die USA das Recht der Republik Zypern auf die Erschließung seiner natürlichen Ressourcen in der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) anerkenne, gleichwohl aber keineswegs Position beziehe, wer Recht bei der Festlegung der Grenzen der Hoheitsgewässer habe. Doherty merkte an, dass insbesondere hinsichtlich des Gasvorkommens „die Parteien das Problem selbst lösen sollten. Unsere globale Politik besteht nicht darin, Position zu beziehen, wer in der Frage von Grenzen der Hoheitsgewässer Recht hat.“

Laut Luca Bertelli, dem Explorationsleiter von ENI, zieht das Konsortium von ENI und TOTAL eine weitere Suche nach Erdgas in den küstennahen Blöcken 6 und 11 in Betracht. Bertelli betonte die Bedeutung der Ergebnisse der Erkundungsbohrungen im Onisiforos- und Calypsofeld, wobei er anmerkte, dass die dortigen Bohrungen das Vorkommen von Kohlenwasserstoff-Formationen in Karbonatgesteinschichten, ähnlich dem massiven ägyptischen Zohr-Gasfeld, bestätigt haben.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte am 20. März, dass ein von der Türkei erworbenes Bohrschiff demnächst ins Mittelmeer entsandt werde, um dort Probebohrungen nach Gas vorzunehmen.

Am 27. März sprach Präsident Anastasiades zum 9. Mittelmeer-Öl- und Erdgas-Forum in

Nikosia. Der Präsident stellte fest, dass Zypern derzeit drei Projekte vorantreibt, die von der Europäischen Kommission wegen ihres Nutzens für den EU-Energiemarkt aufgrund von gemeinsamen (europäischen) Interessen ausgewählt worden sind. Laut Anastasiades sind für zwei Projekte EU-Fördermittel zugesichert worden. Konkret werden dem Projekt CyprusGas2EU 101 Millionen Euro zugeteilt, dem Projekt EastMed Pipeline stelle man für technische Untersuchungen 34,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das CyprusGas2EU-Projekt hat den Transport von Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer nach Europa zum Ziel. Anastasiades fügte hinzu, dass Zypern bis zum Jahr 2020 eine Wiedervergasungsanlage (FSRU - Floating Storage and Regasification Unit) errichten werde, um flüssiges Erdgas (LNG) von internationalen Märkten importieren zu können. Die EastMed Pipeline diene dazu, das Erdgas von Zypern und dem östlichen Mittelmeer über Kreta und das griechische Festland nach Europa zu transportieren.

Am 14. und 15. März erreichten zwei Schiffe von ExxonMobil zyprische Gewässer, um Untersuchungen in Block 10 zur Identifizierung der besten Bohrziele durchzuführen. ExxonMobil plant Probebohrungen im Spätsommer oder zum Herbstanfang.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

In seiner Abschlusserklärung zur zweiten Überwachungsmission nach dem Hilfsprogramm

drängte der Internationale Währungsfonds (IWF) die zypriotischen Behörden, sowohl das Zwangsvollstreckungsrecht als auch das Insolvenzgesetz zu ändern, um den hohen Prozentsatz an unbedienten Krediten in den Griff zu bekommen und Strukturreformen anzukurbeln. Darüber hinaus wurde in der Stellungnahme betont, dass ungeachtet der beachtlichen und nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftslage auf der Insel die Verschuldung im privaten Sektor hoch geblieben sei, was Druck auf die Banken ausübe und Neukredite beschränke.

Die Zentralbank von Zypern (CBC) erwirtschaftete im Jahr 2017 einen Gewinn von 49,5 Millionen Euro aus verminderten Zinsüberschüssen im Vergleich zu 74,2 Millionen Euro in 2016, was wiederum die Dividende an die Staatskasse minderte. Die Nettozinserträge fielen im Jahr 2017 (dem Jahr in dem die Bank of Cyprus die verbleibende Notfallliquidität der Zentralbank vollständig tilgte) auf 94,5 Millionen Euro im Vergleich zu 121,5 Millionen Euro in 2016. Der Nettoerlös aus Gebühren und Provisionen stieg von 11 Millionen Euro auf 17,5 Millionen Euro. Die CBC gab zudem an, dass Zypern ein Leistungsbilanzdefizit von 1,3 Milliarden Euro generiert habe, also eine Wirtschaftsleistung von 6,7% im Vergleich zum Defizit von 888,8 Millionen Euro in 2016 (4,39% der Wirtschaftsleistung).

Nach Angaben des Finanzministeriums erwirtschaftete die Regierung in den ersten beiden Monaten des Jahres 2018 auf Kassenbasis einen Haushaltsüberschuss von 250,6 Millionen Euro. Im Vergleichszeitraum des Jahres 2016 hatte

der Haushaltsüberschuss 133 Millionen betragen. Die Verbesserung der öffentlichen Finanzen von Januar auf Februar zeigte sich in einem Umsatzplus von 142 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro, was die Erhöhung der Ausgaben von 28 Millionen Euro auf 963,4 Millionen Euro ausgleicht.

Am 27. März stufte die Ratingagentur Moody's die Ausgangsbonitätsbewertung der staatlichen Cyprus Cooperative Bank von ‚caa2‘ auf ‚ca‘ herab und verwies dabei auf einen Fehlbetrag in Rückstellungen, die eine Kapitalaufstockung nötig machten. Zudem setzte sie die ‚Caa‘-Bewertung der Devisen- und heimischen Währungsreserven auf „ungewisse Tendenz“.

Auch die langfristige Risikoeinschätzung der Bank ist mit ‚Caa1‘ bewertet. Moody's bestätigte die ‚nicht nachhaltigen‘ kurzfristigen Einlagen-Ratings und die ‚nicht nachhaltige‘ kurzfristige Risikoeinschätzung. Der Agentur zufolge wird das Resultat aus der Entscheidung der Bank, einen Investor zu suchen, die Bewertung bestimmen. Dieser Investor soll entweder die Bank als volllizenzierten Kapitalgeber übernehmen oder die Vermögenswerte bzw. Teile der Vermögenswerte kaufen.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 5. März setzte das Parlament die Beratungen bezüglich der Regierungsvorlage zur Schaffung eines nationalen Investmentfonds fort, indem zukünftige Erträge aus dem Gasvorkommen verwaltet werden sollen. Der Gesetzentwurf war dem Parlament erstmals im Juni 2016 vorgelegt und letztmalig im Mai 2017 diskutiert

worden. Dem Vorsitzenden des Finanzausschusses Averof Neophytou zufolge werden die Fondseinnahmen vorrangig zukünftigen Generationen aller zypriotischen Bürger, also den griechischen und türkische Zyprioten und religiösen Minderheiten zugutekommen.

Averof Neophytou wurde am 16. März ohne Gegenkandidaten für weitere fünf Jahre als Vorsitzender der Mitte-Rechts-Partei Demokratische Sammlung (DISY) wiedergewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden, ebenfalls ohne Gegenkandidaten, wurde DISY-Mitglied und Mitglied des Europaparlaments Lefteris Christoforou wiedergewählt.

Ein Treffen zwischen Bildungsminister Costas Hambiaouris und dem Führer der rechtsextremen ELAM Christos Christou löste heftige Kritik aus, nachdem der Minister am 28. März hatte verlauten lassen, dass man gemeinsame Werte teile. Die Zusammenkunft hatte im Rahmen einer Gesprächsrunde mit den politischen Parteien nach der Amtsübernahme am Anfang des Monats stattgefunden. Im Speziellen konstatierte der Minister: „Wir werden jede konstruktive Kritik annehmen, wo wir müssen und ich möchte, dass Sie wissen, dass die Werte und Grundsätze, auf die Sie hinweisen, auch unsere Werte und Grundsätze sind.“ Hambiaouris präziserte die gemeinsamen Werte und Grundsätze, die er mit der rechtsextremen Partei teilt, nicht. Kommentatoren in den sozialen Netzwerken kritisierten den Minister dafür, dass er einem Treffen mit ELAM, die als Zweigstelle der rechtsradikalen griechischen „Goldenen Morgenröte“ in Zypern gilt, zugestimmt hatte. Der Sprecher der Fortschrittlichen Partei des Arbei-

tenden Volkes (AKEL), Stefanos Stefanou, kritisierte das Treffen und sagte, dass in jedem anderen Land, in dem ein Minister die Geschäftsstelle einer neofaschistischen Partei aufgesucht und derartige Äußerungen von sich gegeben hätte, dies unverzüglich zu dessen Rücktritt geführt hätte.

Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen

Die Gewerkschaft PEO bezeichnete die Erklärung des Präsidenten vor dem Parlament und den Hinweis, dass die Debatte über den Mindestlohn warten könne bis die Vollbeschäftigung erreicht sei, als enttäuschend. In einem Land, das „Meister in sozialer Ungleichheit“ sei und „Armut trotz Erwerbstätigkeit“ weit verbreitet sei, müssten umgehend Maßnahmen ergriffen werden, erklärte PEO.

Die Hafendarbeiter in Limassol drohten mit einem zweistündigen Streik aufgrund der unzureichenden Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen. Nachdem ein Treffen mit den Arbeitgebern anberaumt worden war, um die Streitpunkte zu besprechen, wurde der Streik hierauf abgesagt.

Die Gewerkschaften PEO und SEK drohten Coca-Cola wegen der sukzessiven Erweiterung ausgelagerter Tätigkeiten mit einem 24-stündigen Streik. Dieser wurde abgesagt, als das Unternehmen nach dem Einschreiten des Ministeriums für Arbeitsbeziehungen nachgab.

Der Arbeitsminister verkündete, dass ein neuer Gesetzentwurf bezüglich aller Prozessabläufe, die mit dem Thema „Arbeitslosigkeit“ zusam-

menhängen, vorbereitet ist. Es wird erwartet, dass dieser die unterschiedlichen Richtlinien vereinheitlicht und eine internetbasierte Plattform geschaffen wird, auf der Arbeitslose und Arbeitgeber recherchieren können.

An der Bank of Cyprus ist ein Arbeitskampf wegen der Erneuerung des Tarifvertrags ange laufen. Die Gewerkschaft ETYK protestierte gegen die Nichtumsetzung der bereits vereinbarten Lohnerhöhungen, die Nichtzahlung von COLA (automatische Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate) und die Nicht-Öffnung von Arbeitsstellen. Die Gewerkschaftsmitglieder hatten sich für einen Streik entschieden. Die Bank of Cyprus dagegen forderte „gerechtere Lösungen“, die „mittelfristig Arbeitsplätze sichern werden und neue Lohn tarife einschließen. Die Bank of Cyprus hatte einen Fragebogen zum neuen Gehalts- und Beförderungssystem, das demnächst implementiert werden soll, an ihre Arbeitnehmer verteilt, was den Zorn der ETYK auf sich zog. Die Gewerkschaft erklärte, es handle sich hier um Erpressung und die systematische Erfassung von Arbeitnehmersichtweisen. Der Konflikt wurde vor die Schlichtungsstelle des Ministeriums für Arbeitsbeziehungen gebracht.

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle auf Zypern ist in 2016 auf 13,9% gesunken. Im Jahr 2011 waren es noch 16,1% gewesen.

Laut staatlicher Statistiken ist seit dem Jahr 2016 die Anzahl der Erwerbstätigen nicht weiter zurückgegangen. Die Zahl der Zyprioten und Migranten, die zuzogen, lag über derjenigen, die Zypern verließen. Im Unterschied dazu hat-

ten in den Jahren 2012 bis 2015 zahlreiche Migranten sowie 8.817 Zyprioten die Insel verlassen, um im Ausland nach Arbeit zu suchen. Ausländische Arbeitskräfte kommen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Länder.

Der Bund der Arbeitgeber und Gewerbetreibenden Zyperns (OEB) lehnt das von der Regierung angekündigte Ende des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst ab. Die OEB behauptet, der Bedarf könne durch Verschiebungen von Arbeitnehmern aus dem halbstaatlichen Sektor und durch Outsourcing in die Privatwirtschaft gedeckt werden.

Der Bund der Arbeitgeber und Gewerbetreibenden hat allen Regierungsministerien eine Reihe von Vorschlägen zukommen lassen, die ihren „Fahrplan“ für die kommenden fünf Jahre umreißen. Zu den Hauptforderungen zählen die Herabsetzung der Körperschaftssteuer, das Anbieten elektronischer Behördendienste, Subventionen zur Einstellung Arbeitsloser, eingeschränktes Streikrecht für Personal in Schlüsselpositionen und die Einführung des Privatrechts bezüglich der Beschäftigungsverhältnisse von Fachpersonal im Gesundheitswesen.

Die Gewerkschaften PEO, SEK und PASIDY gaben eine Erklärung ab, dass im Zusammenhang mit der bereits begonnenen Privatisierung der Cooperative Cyprus Bank, die Arbeitsplätze und Arbeitsverträge der derzeitigen Angestellten garantiert werden müssen. Die zypriotische Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK äußerte sich ähnlich und drohte mit Streikmaßnahmen, falls sich die Cooperative Cyprus Bank weiterhin weigere, mit ETYK in Verhandlungen

zu treten. Die Gewerkschaft PEO rief dazu auf, die von AKEL organisierte Protestaktion gegen die Privatisierung der Cooperative Cyprus Bank zu unterstützen. Darüber hinaus trafen sich Vertreter der Gewerkschaften PEO, SEK und PASYDY mit dem Finanzminister, der ihnen versicherte, dass im Privatisierungsprozess der Cooperative Cyprus Bank „der Schutz der Arbeitnehmer oberste Priorität“ hat.

Zum ersten Mal seit 2010 werden im breiteren öffentlichen Sektor Gehaltserhöhungen und ein Abbau der Kürzungen, die 2012 verhängt worden waren, erwartet. Die Gewerkschaften verwiesen auf die Vereinbarung, die mit dem Finanzminister getroffen worden ist, wobei erstere von einer verfügbaren Spanne von 2% ausgehen, während der Minister darauf verwies, dass 2% das Maximum im Rahmen der Vereinbarung darstellten, was nicht bedeute, dass es sich hierbei um eine bereits vereinbarte Gehaltssteigerung handle.

Der Generalrat der Gewerkschaft SEK drückte seine Besorgnis über die derzeit bestehende „ernstzunehmende Liberalisierung“ auf dem Arbeitsmarkt aus. Er bekräftigte erneut seine Position, grundlegende Bestimmungen der Branchentarifverträge gesetzlich zu verankern und somit Tarifverträge zu stärken. Die SEK fordert öffentliche Aufträge, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, eine gestaffelte Steuerreform, eine Bekämpfung der Schwarzarbeit und einen Verzicht auf jegliche Privatisierungspläne in Bezug auf halbstaatliche Dienstleistungen.

Die Gewerkschaft PEO äußerte Besorgnis in Hinblick auf das Vorgehen der Schlichtungsstel-

le des Ministeriums für Arbeitsbeziehungen. Diese hatte es abgelehnt, den Streitfall der circa 50 Arbeiter, die von UN-Subunternehmern entlassen worden waren, zu untersuchen und hat diesen lediglich an die Generalstaatsanwaltschaft weitergeleitet.

PEO appellierte an die Regierung damit aufzuhören, die Probleme des Sozialversicherungsfonds zu übergehen. Die Regierung solle einen gesellschaftlichen Dialog darüber aufnehmen, wie der Fonds gestärkt werden könne, indem man unter anderem eine Aktienerhöhung durchführe und den Beschlussfassungsprozess in Bezug auf das Management ändere.

Der Verhaltenskodex gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist nahezu abgeschlossen und wird in naher Zukunft im öffentlichen Dienst übernommen. PEO und SEK werden ihn im Rahmen der Erneuerung der privatwirtschaftlichen Tarifverträge einbringen.

PEO und SEK verurteilten die Entscheidung des Regierungsrates, Lehrern, die am Nachmittag unterrichten, weiterhin den Zugang zu Arbeitslosenunterstützung zu verwehren. PEO und SEK erklärten, dass die jetzt getroffene Entscheidung den weiteren Ausverkauf des Dienstleistungssektors belege. Zudem seien die von der Regierung im Januar ergriffenen Maßnahmen weder ernst gemeint noch förderlich gewesen seien. PEO und SEK warnten davor, dass sie dies nicht tolerieren und scharfe Maßnahmen ergreifen würden, bis dieses unfaire System des Ausverkaufs von Dienstleistungen, das Arbeitnehmer in Bedingungen des finstersten Mittelalters zurückführe würde, abgeschafft ist.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Abwertung der türkischen Lira (TL) gegenüber ausländischen Währungen erreichte im März ein Rekordniveau. Staatsbürger und Wirtschaftskreise zeigten sich zunehmend besorgt bezüglich der Stabilität der Wirtschaft. Zu Monatsbeginn betrug der Wechselkurs für einen Euro 4,66 TL, Ende März lag er bereits bei 4,88 TL. In Nordzypern, wo Gehälter in TL festgelegt werden, sind beinahe sämtlich Preise von der Miete bis zu Gebühren für Privatschulen an Fremdwährungen gebunden. Laut Reuters sind die Hauptursachen für die rapide Abwertung der türkischen Lira die Verwicklung der Türkei in den Syrienkonflikt und die Wahrscheinlichkeit vorgezogener Wahlen in der Türkei. Mittlerweile gab die Staatliche Planungsorganisation einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,61% im Februar bekannt. Insgesamt ist ein Anstieg um 11,80% in den vergangenen zwölf Monaten zu verzeichnen.

Nach dem dritten Treffen der Kommission zur Festlegung des Mindestlohns wurde dieser für das erste Halbjahr 2018 rückwirkend zum 1. März auf 2.365 TL (466 Euro) festgesetzt. Die fünf Arbeitnehmervertreter in der Kommission stimmten gegen den vorgeschlagenen Betrag, wurden jedoch von den fünf Repräsentanten des Staates und den fünf Arbeitgebervertretern, die ebenfalls der Kommission angehören, überstimmt. Insgesamt erfüllte der neue Mindestlohn weder die Erwartungen der Gewerkschaft-

ten noch die der Arbeitnehmer. Der Mindestlohn, auf den man sich im Juli 2017 verständigt hatte, hatte einen Gegenwert von 534 Euro gehabt.

Laut Daten der Türkisch-Zypriotischen Zentralbank haben die Anleger ihr Sparkapital in Fremdwährungen umgetauscht. Die Anteile an Einlagen in TL fielen in den vergangenen drei Jahren unter 45%, während zeitgleich die Anteile an Einlagen in Fremdwährungen von 45,6% auf 55,4% anstiegen.

Gemäß Angaben aus dem Ministerium für Tourismus und Umwelt verzeichneten die Nettoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr im Jahr 2017 einen Zuwachs von 13,01% auf 850 Millionen US-Dollar gegenüber 739,4 Millionen US-Dollar im Jahr 2016. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der 2016 noch auf 8,7% geschätzt worden war, stieg 2017 (nach zurzeit noch inoffiziellen Zahlen) auf 9,22%.

Beziehungen mit der Türkei

Premierminister Tufan Erhuman und der Stellvertretender Premierminister und Außenminister Kudret Ozersay trafen bei ihrem ersten offiziellen Besuch in Ankara den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, Premierminister Yildirim und den für Zypernangelegenheiten zuständigen Vizepremierminister Recep Akdag. Vor seinem Abflug nach Ankara sagte Erhuman zu Reportern, dass das Ziel des Besuches der Austausch mit türkischen Amtsträgern bezüglich des Finanzprotokolls, des Zypernproblems und des Gasvorkommens sei. Nach seiner Rückkehr konstatierte Erhuman: „Die Unterstützungs-

botschaften der türkischen Regierung für unsere Vier-Parteien-Koalition hat uns glücklich gemacht, motiviert und angespornt.“ Die Einladung aus Ankara erfolgte vor dem Hintergrund des Vorwurfs, dass die türkische Regierung den Wunsch der türkisch-zypriotischen Regierung nach einem Termin, Ankara besuchen zu dürfen, verweigert hatte.

Im späteren Verlauf des Monats besuchte Özersay den türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu in Ankara. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz merkte Özersay an: „Wir haben es bereits gesagt, sollte [die griechisch-zypriotische Seite] darauf bestehen, einseitige Aktivitäten zu verfolgen und Bohrlizenzen an Firmen zu erteilen, werden wir ebenfalls derartige Maßnahmen ergreifen. Wir sind jetzt in diesem Endstadium angekommen. Wenn sie weiterhin auf unilateralen Aktivitäten beharren, dann wird auch die TRNZ, in Abstimmung mit der Türkei, durch das von uns autorisierte Mineralölunternehmen Turkish Petroleum mit Bohrarbeiten beginnen. Dies wird nicht erst in der ferneren Zukunft geschehen.“ Berichten zufolge diskutierten beide Außenminister ein neues Finanzierungsmodell der Kommission für griechisch-zypriotisches Eigentum im Norden.

Der türkisch-zypriotische Gesundheitsminister Filiz Besim stattete der Türkei einen Besuch ab. Er traf sich mit Recep Akdag. Nach der Besichtigung eines Krankenhauses in Yozgat erklärte Besim: „In Nordzypern gibt es ein Krankenhausprojekt. Wir vergleichen hier in der Türkei verschiedene Klinikentwürfe. Wir sehen uns alle unterschiedlichen Modelle an. So können wir das richtige für unser Land auswählen.“

Innenpolitische Entwicklungen

Nach einem achttägigen Marathon im Parlament wurde am 21. März das Haushaltsbudget 2018 in Höhe von 5,82 Milliarden TL (1,15 Milliarden Euro) genehmigt. Der Entwurf war von den bisherigen Koalitionspartnern UBP (Partei der Nationalen Einheit) und DP (Demokratische Partei) ausgearbeitet, aber wegen der vorgezogenen Wahlen am 8. Januar 2018 nie im Parlament diskutiert worden. Finanzminister Serdar Denktasch nahm vor der Abstimmung Bezug auf die Talfahrt der türkischen Lira und merkte an, dass es für alle ein schwieriges Jahr werde. Nach der Billigung des Budgets verkündete Premierminister Tufan Erhurman über soziale Medien, dass die Regierung nach der Verabschiedung des Staatshaushalts all ihre Aufmerksamkeit und Energie auf das Ergreifen von entsprechenden Maßnahmen konzentrieren würde.

Laut Premierminister Erhurman wurde ein Bericht mit Beschuldigungen gegen den früheren Premierminister Huseyin Ozgurgun an die Generalstaatsanwaltschaft übergeben. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Mittlerweile wird auch gegen die früheren Verkehrsminister Kemal Durust und Tahsin Ertugruloglu wegen Rechtsverstößen in Verbindung mit der 300-Millionen-Euro teuren Privatisierung des Flughafens Ercan (Tymbou) ermittelt. Die parlamentarische Immunität von Durust und Ertugruloglu hatte mit dem Verlust ihrer Sitze in den Parlamentswahlen vom Januar geendet.

Die neun weiblichen Abgeordneten versicherten, dass sie alle Kräfte bündeln, um jegliche

Form von häuslicher Gewalt und sexueller Sklaverei sowie Menschenhandel und Menschenhandel im Land zu beenden. Das Versprechen wurde in einer gemeinsamen Erklärung aller drei Parteien anlässlich des Internationalen Frauentages gegeben. Die Parlamentarierinnen begrüßten den Kampf aller Frauen für Gleichheit, Demokratie und Gerechtigkeit und brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sich zusammenzuschließen, eine gemeinsame Basis zu finden und die Probleme anzupacken, mit denen die Frauen Nordzyperns konfrontiert sind.

Laut einer neuen Eurobarometer-Umfrage sind 61% der türkischen Zyprioten mit ihrer gegenwärtigen Situation zufrieden. Dies liegt weit hinter dem europäischen Durchschnitt, der 83% beträgt. Als wichtigste soziale Probleme der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft werden Inflation, steigende Lebenshaltungskosten, die wirtschaftliche Situation und Arbeitslosigkeit genannt – so die Ergebnisse der Befragung.

5. FES Zypern Veranstaltungen

April

Mittwoch, 18. April 2018, 17:00 – 19:30

Civil Society Advocates / FES / KEPLI
Präsentation auf Griechisch

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

KEPLI, Grigori Afxentiou 27
Larnaka, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

Mai

Montag, 07. Mai 2018, 10:00 – 11:30

Civil Society Advocates / FES
Präsentation auf Griechisch

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

Youth Multicentre, Apostolou Pavlou and
Gladstonos Corner, 8046, Pafos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch, 09. Mai 2018, 17:00 – 19:00

Civil Society Advocates / FES
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und
Stiftungen**

Classic Hotel, 94 Rigenis Str, 1513, Nikosia,
Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Dienstag, 22. Mai 2018 (to be confirmed)

Civil Society Advocates / KEPLI / FES
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und
Stiftungen**

KEPLI,
Sotira oder Paralimni (tba), Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und
Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com